



Beschlussprotokoll des ordentlichen Parteitags vom 8./9. September 2012 in Lugano, Beginn um 11.15 Uhr

Vorsitz: Christian Levrat
Protokoll: Pascal Zwicky, Min-Li Marti, Chantal Gahlinger
Anwesend: 700 Delegierte und 100 Gäste

Anmerkung des Protokolls:

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags wurden vollumfänglich auf DVD aufgenommen und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz resp. im Schweizerischen Sozialarchiv archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

(Protokoll PT 2010) Der Parteitag wird von Vizepräsidentin *Jacqueline Fehr* eröffnet. Sie begrüsst alle Anwesenden, insbesondere die ausländischen Gäste der Schwesterparteien und VertreterInnen befreundeter Organisationen.

Es folgen Begrüßungsreden von Nicoletta Mariolini, Stadträtin SP Lugano und Saverio Lurati, Präsident SP Tessin.

Wahl der StimmenzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss: (Protokoll PT 2010) Es werden folgende StimmenzählerInnen gewählt: Chadli Mastoura, Sandra Huber, Niklaus Baltzer, Elisabeth Wermelinger, Vanda Descombes, Dominique Renaud, Adrian Gerber, Richard Lecoultré, Pius Süess, Christoph Suter, Peter Howald, Regula Hunziker, Martial Debély, Fatma Tekol, Sandra-Anne Göbelbecker, Tanja Walliser, Sylvain Grandjean, Frédéric Speich, Cristina Zaini, Pascal Ludin, Patrick Tscherrig, Bernhard Egg, Roger Schmutz, Fritz Münger, Martin Alder.

StellvertreterInnen:

Beschluss: (Protokoll PT 2010) Es werden folgende StellvertreterInnen gewählt: Muahassem Temet, Theodor Rüetschi, Michèle Morier-Genoud, Samuel Bendaham, Sacra Tomisawa, Perennette Strasser, Hans Allemann, Germain Schaffner, Stefan Wigger, Thomas Ringeisen, Kerstin Wenk, Heiner Lenzin, Renaud Loyse, Hans Bieri, Lukas Derendinger, Simon Bischof, Olivier Le-Cam, Sonja Schmidt, Marilena Ranzi, Daniel Gähwiler, Dorothea Frei, Sabine Ziegler, Karin Rogala, Rebekka Wyler.

Wahl Mandatsprüfungskommission

Beschluss: Markus Müller und Monika Bolliger werden stillschweigend gewählt.

Wahl Präsident Wahlkommission

Beschluss: Arnaud Bouverat wird stillschweigend gewählt.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

XY weist darauf hin, dass Wortmeldezettel vor dem Podium geholt werden können und ebendort wieder abgegeben werden müssen.

Beschlüsse:

2.2 Die Geschäftsordnung wird genehmigt

2.3 Die Traktandenliste wird genehmigt

3. Protokoll

3.1 Genehmigung des Protokolls des ausserordentlichen Parteitages vom 26. März 2011 in Zürich

Beschluss Parteitag: Das Protokoll wird mit bestem Dank an Andrea Bauer und Ruth Straubhaar genehmigt.

4. Berichte: Geschäftsbericht 2010/2011

Beschluss Parteitag: Der Geschäftsbericht wird genehmigt.

5. Rede Christian Levrat

(Protokoll PT 2010) Parteipräsident *Christian Levrat* spricht in seiner Eröffnungsrede über die Vermögensverhältnisse in der Schweiz, wo 3 Prozent der Bevölkerung gleich viel besitzen wie die übrigen 97 Prozent. Man müsse sich angesichts dessen fragen, ob man weiterhin eine Politik im Interesse von ein paar Wenigen wolle oder ob man eine Politik für die gesamte Bevölkerung machen wolle, so Levrat.

Im Anschluss an seine Rede gibt *Christian Levrat* das Zustandekommen der 1:12-Initiative der JUSO bekannt und gratuliert der JUSO herzlich zu ihrem Erfolg.

Das Referat von Christian Levrat kann in Deutsch unter www.spschweiz.ch, in Französisch unter www.pssuisse.ch heruntergeladen werden. Italienisch?

6. Schwerpunkt I. Parteiprogramm

Am ausserordentlichen Parteitag am 26. März 2011 in Zürich wurde von Parteipräsident Christian Levrat angekündigt, dass die Rückkommensanträge zum Parteiprogramm gemeinsam mit der Verabschiedung der Kurzfassung Parteiprogramm behandelt werden sollen. Dem wurde am Parteitag in Lugano nachgekommen.

Antrag der SP Münchenbuchsee et al.

A-1: Rückkommensantrag zum Parteiprogramm 2010

„Wir stellen der Geschäftsleitung SPS den Antrag, an einem nächsten Parteitag auf das Parteiprogramm 2010 zurück zu kommen. Die drei strittigen Punkte „Überwindung des Kapitalismus“, die

„Abschaffung der Armee“ und ein „sofortiger Beitritt zur Europäischen Union“ sollen noch einmal diskutiert und es soll noch einmal neu darüber beschlossen werden.“

Mitunterzeichnende:

Kanton	Sektion	Kanton	Sektion
AG	Neuenhof	FR	Schmitten
AG	Küttigen-Rombach	LU	Buchrain
AG	Oftringen	LU	Hochdorf
AG	Reg.verband Oberaargau	SG	Sargans
BE	Brügg	SG	Sevelen
BE	Jegenstorf	SG	Zuzwil
BE	Inkwil	SG	Sargans + Umgebung
BE	Münchenbuchsee	SO	Oensingen
BE	Madiswil	SO	Subingen
BE	Reichenbach	SO	Fulenbach
BE	Wynigen	SO	Niederbipp
BE	Brienz	SO	Dulliken
BE	Urtenen-Schönbühl	SO	Winznau
BE	Seedorf	SO	Limpachtal
BE	Niederbipp	SO	Kappel
BE	Seftigen	SZ	Einsiedeln
BE	Zweisimmen	TG	Frauenfeld
BE	Krauchthal-Hettiswil	ZG	Unterägeri
BE	Unterseen	ZG	Walchwil
BE	Rapperswil	ZH	Dielsdorf
BE	Twann Ligerz	ZH	Illnau
BE	Ipsach	ZH	Schwerzenbach
BE	Frutigen	ZH	Zollikon
BE	Pieterlen	ZH	Bauma, Sternenber, Wila
BE	Bätterkinden	ZH	Dietlikon
BL	Lausen		
BL	Binningen		

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Nichteintreten.

Beschluss Parteitag:

Antrag der Geschäftsleitung SP Schweiz

A-2: Rückkommensantrag zum Parteiprogramm 2010 (Protokollfehler)

Antrag der Geschäftsleitung zuhanden des Parteitags: Korrektur von Kapitel IV. 4. c. „Für eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz“ der finalisierten Fassung des Parteiprogramms im Sinne des angenommenen Antrags 282 und unter der gleichzeitigen Berücksichtigung der übrigen angenommenen Anträge (A-266, A-298, A-299 und A-320) sowie der übrigen Kapitel.

Eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik geht vom Grundsatz aus, dass die Ursachen von

Krieg und Gewalt nachhaltig beseitigt werden müssen. Militär und Armeen sind nach diesem Verständnis grundsätzlich kontraproduktiv. Sie beziehen ihre Legitimation aus Kriegen und die Befehlshaber schüren das Feuer der Gewalt weiter. Deshalb lehnt es die SP ab, dass mit militärischen Mitteln Friedens- und Sicherheitspolitik betrieben werden soll. Die SP steht ein für eine antimilitaristische Friedens- und Sicherheitspolitik.

Innerstaatliche Gewalt und Bürgerkriege haben ihre Ursachen häufig im Kampf um begrenzte Ressourcen und mangelhafter Demokratisierung. Klimawandel, Armut, zerfallende staatliche Strukturen, organisierte Kriminalität, Terrorismus und Migrationsströme sind gleichermassen die Ursachen wie auch die Folgen der innerstaatlichen Gewalt. Eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz kann nur bedeuten, dass man sich für einen Bruch dieser Gewaltspiralen und für den Aufbau rechts- und wohlfahrtsstaatlicher Strukturen weltweit einsetzt.

Ein Höchstmass an Gewaltfreiheit und menschlicher Sicherheit soll durch ein Schutzsystem der Völkergemeinschaft unter der Führung der UNO gewährleistet werden. Kommt es aber zu Völkermord oder verbreiten in zerfallenden Staaten vagabundierende Kriegsbanden Angst und Schrecken, so braucht es zusätzlich einen wirksamen militärischen Schutz durch den UNO-Sicherheitsrat. Es gibt ohne Sicherheit keine Entwicklung, so wenig wie es ohne Entwicklung dauerhafte Sicherheit geben kann.

Heute ist die Schweiz durch ihre wirtschaftlichen Verstrickungen mitverantwortlich für Kriege, Ausbeutung und Armut auf dieser Welt. Schweizer Rüstungsbetriebe liefern Waffen in Kriegs- und Krisengebiete. Schweizer Banken stabilisieren Unrechtsregime, in dem sie als Hort für Diktatorengelder dienen und Kredite geben. Schweizer Grossunternehmen zahlen in ihren Niederlassungen in der Dritten Welt Hungerlöhne. Eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik in der Schweiz sorgt dafür, dass diese schmutzigen Geschäfte mit dem Tod gestoppt werden.

Die Schweiz hat durch ihre Bedeutung und ihr Ansehen in der Welt die Verpflichtung sich für globale Gerechtigkeit einzusetzen. Sie muss sich aktiv für die Durchsetzung der Menschenrechte weltweit einsetzen, ebenso wie für Abrüstung und Friedens- und Versöhnungsprozesse in Kriegsregionen. Die heutigen Ausgaben für die Schweizer Armee sollen vollständig in die internationale Friedensförderung umgeleitet werden. Durch die Abschaffung der Armee setzt die Schweiz zudem ein globales Zeichen, das ihr eine glaubwürdige internationale Friedenspolitik erleichtert.

Dafür steht die SP ein:

1. Die SP setzt sich ein für eine aktive, friedensorientierte Aussenpolitik und die Bereitstellung der dafür notwendigen Gelder und Ressourcen.

2. Die weltweiten Rüstungsarsenale stellen für die Menschheit nach wie vor eine existenzielle Bedrohung dar. Deshalb will die SP, dass sich die Schweiz noch stärker als bisher für Rüstungskontrolle und Abrüstung einsetzt. Ziel bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Diese setzt einseitige Abrüstungsschritte zur Vertrauensbildung und ein internationales Engagement der Schweiz für gewaltfreie Konfliktlösungen voraus.

3. Die SP setzt sich ein für ein striktes Verbot von Waffenexporten und dafür ein, dass Schweizer Unternehmen keine kriegsfördernden Geschäfte mit Diktaturen und Unrechtsregimes betreiben.

4. Die SP versteht sich als Menschenrechtspartei. Die Menschenrechte sind der Kern jeder humanen Gesellschaft. Sie sind universell und unteilbar und sollen jedem Individuum voraussetzungslos zustehen. So steht es in der UNO-Charta und in vielen nationalen Verfassungen. Die Realität sieht leider allzu oft anders aus. Die Schweiz muss für die Durchsetzung der Menschenrechte überall auf der Welt eintreten, die UNO-Pakte von 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte stärken, endlich der europäischen Sozialcharta beitreten und den Internationalen Strafgerichtshof vortreiben. Die SP setzt sich auch für die inner-

staatliche Umsetzung der Menschenrechte ein. Eine starke Menschenrechtsinstitution soll geschaffen werden, die alle Gesetze auf ihre Übereinstimmung mit den Menschenrechten überprüft.

5. Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll die Schweizer Armee massiv ab- und umgebaut werden.

6. Solange eine Armee existiert, fordert die SP die Aufhebung der Wehrpflicht. Der Zivildienst soll auch nach Abschaffung der Armee in freiwilliger Form fortgeführt werden. Der Ab- und Umbau der Armee muss sozialverträglich erfolgen und auf die Bedürfnisse von Randregionen Rücksicht nehmen, die heute in wirtschaftlicher Hinsicht von der Präsenz der Armee profitieren.

7. Die SP tritt für den Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems unter Führung der UNO ein. Die Schweiz soll sich im Rahmen von UNO und OSZE aktiv für die Bildung einer Staatengruppe für kollektive Sicherheit einsetzen. Dies ist für uns auch die wirksamste Massnahme gegen allfällige Gelüste, die Schweiz längerfristig einem Militärbündnis anzuschliessen – denn eine ‚autonome Landesverteidigung‘ ist schon lange eine Illusion.

8. Die Katastrophenvorsorge und -bewältigung müssen umfassend modernisiert und die Prävention gegenüber der Nachsorge gestärkt werden. Ein modernisierter Bevölkerungsschutz beruht auf der verstärkten Kooperation ziviler Institutionen. Der Schutz der Bevölkerung ist zu wichtig, als dass er als Betätigungsfeld einer sinnentleerten Armee missbraucht werden darf.

9. Die kantonalen Polizeikorps gewährleisten die Sicherheit und Ordnung im Innern. Die Übertragung hoheitlicher Polizeiaufgaben an private Sicherheitsdienste oder an die Armee muss ausgeschlossen werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annehmen

Begründung: Aufgrund eines Protokollierungsfehlers am Parteitag in Lausanne wurde A-282 bei der Finalisierung des Parteiprogramms nicht berücksichtigt. Mit der vorgeschlagenen Korrektur wird dieser Schritt nachgeholt und gleichzeitig die Widersprüche zu anderen angenommenen Anträgen weitestgehend eliminiert.

Beschluss Parteitag:

7. Kurzfassung Parteiprogramm

Das Protokoll der Beschlüsse zur Kurzfassung des Parteiprogramms wurde in einem separaten Dokument verfasst, siehe dazu:

Aktueller Link

8. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Bundesrätin Simonetta Sommaruga spricht in ihrer Rede von ...

Das Referat von Bundesrätin Simonetta Somaruga kann in Deutsch unter www.spschweiz.ch, in Französisch unter www.pssuisse.ch heruntergeladen werden. Italienisch?

9. Schwerpunkt II: Migrationspolitisches Positionspapier

- Diverse Rückkommensanträge
- Rückkommensantrag Geschäftsleitung (Protokollfehler)

Das Protokoll der Beschlüsse zum migrationspolitischen Positionspapier wurde in einem separaten Dokument verfasst, siehe dazu:

Aktueller Link

Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz**R-1: «SP MigrantInnen»****Aktionsplan zur Stärkung der politischen Mitwirkung von MigrantInnen in der Partei**

Der SP Parteitag beauftragt die Geschäftsleitung der SP Schweiz, in enger Zusammenarbeit mit dem provisorischen Vorstand der «SP MigrantInnen» alle erforderlichen Massnahmen zum Aufbau einer neuen Struktur «SP MigrantInnen» zu ergreifen. Die «SP MigrantInnen» sollen von unten aufgebaut werden und – im Falle des guten Gelingens – nach einer Aufbauphase von zwei Jahren mit den gleichen statutarischen Rechten und Pflichten wie die «SP Frauen» oder die «Juso» ausgestattet werden.

Ziel der «SP MigrantInnen» ist es, allen in der Schweiz wohnhaften Personen mit Migrationshintergrund, die unsere sozialdemokratischen Grundwerte teilen, innerhalb und ausserhalb der Partei zu einer besseren politischen Partizipation und politischen Repräsentanz zu verhelfen.

Namentlich in jenen Kantonen, welche das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen auf kommunaler und kantonaler Ebene noch nicht eingeführt haben, sind heute zahlreiche MigrantInnen nur unzureichend ins politische Leben der Schweiz integriert. Die neue Struktur «SP MigrantInnen» ist in diesem Sinne in erster Linie ein Instrument in den Händen jener Sektionen und Kantonalparteien, in denen die MigrantInnen bisher gemessen an der Wohnbevölkerung unterrepräsentiert sind. Die neue Struktur «SP MigrantInnen» dürfte demgegenüber in jenen Kantonalparteien, in denen MigrantInnen bereits gut integriert sind, wenig Sinn machen. Diese Kantonalparteien sollen deshalb die Freiheit haben, auf die Errichtung einer solchen Struktur zu verzichten.

In vielen Kantonalparteien und lokalen Sektionen der SP gibt es einen grossen Nachholbedarf zur politischen Integration von MigrantInnen. Der SP Parteitag in Lugano lädt diese Kantonalparteien und Sektionen ein zu prüfen, eine separate Struktur «SP MigrantInnen» im Sinne einer *Pressure Group* aufzubauen, um die politische Integration von MigrantInnen, die unsere Grundwerte teilen, konkret voranzubringen und mit dieser Zielsetzung eng mit dem provisorischen Vorstand der «SP MigrantInnen» zusammenzuarbeiten.

Der SP Parteitag in Lugano ruft alle Kantonalparteien und Sektionen auf, die Mitgliedschaft von MigrantInnen – mit oder ohne Schweizer Pass – in der Partei gezielt zu fördern und ihnen auf allen Ebenen die Möglichkeit zur gleichberechtigten Mitwirkung und Repräsentanz mindestens proportional zum Anteil in der Wohnbevölkerung zu bieten: als Aktivist und Aktivistin, als gleichberechtigtes Mitglied im Vorstand, in allen wichtigen Kommissionen und im Präsidium und namentlich auch als Kandidat und Kandidatin für alle politischen Ämter.

Der SP Parteitag beauftragt zudem die Geschäftsleitung der SP Schweiz, die Arbeit des provisorischen Vorstandes der «SP MigrantInnen» zu begleiten und zu unterstützen. Namentlich soll ein Aktionsplan erarbeitet und umgesetzt werden, um die Kantonalparteien und die lokalen Sektionen bei der politischen Integration von MigrantInnen tatkräftig zu unterstützen. Es braucht auf allen Ebenen der Partei konkrete Bildungsangebote, damit die Vielfalt und die Gleichstellung von MigrantInnen entsprechend dem Gewicht in unserer Gesellschaft gestärkt werden kann.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annehmen.**Beschluss des Parteitages:****10. Rede Bundesrat Alain Berset**

Bundesrat Alain Berset spricht in seiner Rede von ...

Das Referat von Bundesrat Alain Berset kann in Deutsch unter www.spschweiz.ch, in Französisch unter www.pssuisse.ch heruntergeladen werden. Italienisch?

11. Diverse Mitteilungen sowie Präsentation JUSO Initiative

Apéro und Abendprogramm

12. Gesamterneuerungswahlen

- Präsidium
- Vom Parteitag direkt gewählte Mitglieder der Geschäftsleitung

(Protokoll PT 2010)

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung beantragt für das Präsidium eine offene Wahl, gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Parteitages.

Beschluss des Parteitages: Zustimmung.

Die Ansprachen der neu Kandidierenden sind über die Homepage der SP Schweiz abrufbar.

(Protokoll PT 2010) Der Sonntag beginnt mit einer Standing Ovation für *Christian Levrat*, der damit als Parteipräsident bestätigt wird. Anschliessend werden die VizepräsidentInnen ebenfalls mit einer Standing Ovation wiedergewählt: *Pascale Bruderer, Marina Carobbio, Jacqueline Fehr, Stéphane Rossini und Cédric Wermuth*. Auch der Generalsekretär *Thomas Christen* wird wiedergewählt, genauso wie die VertreterInnen des Parteitages: *Barbara Gysel, Valentina Smajli und Elisabeth Wermelinger*.

13. Fortsetzung Schwerpunkt II: Migrationspolitisches Positionspapier

- Fortsetzung Detailberatung Migrationspapier
- Diskussion und Behandlung von Sektionsanträgen

Das Protokoll der Beschlüsse zum migrationspolitischen Positionspapier wurde in einem separaten Dokument verfasst, siehe dazu:

Aktueller Link

14. Aktion zum Gotthard – PS Ticino

Resolution der SP Graubünden und SP Tessin

R-2: Resolution zum Gotthard

Mit der vorliegenden Resolution fordern die SP Tessin und die SP Graubünden die SP Schweiz dazu auf, parlamentarisch und falls notwendig auch mit der Lancierung eines Referendums, den Bau einer zweiten Gotthardröhre zu verhindern. Für die beiden Kantonalparteien ist klar, dass eine zweite Gotthardstrassenröhre alles andere als notwendig ist und letztlich keine andere Folge hätte, als den Transitverkehr weiter zu steigern. Dies hätte schlimme Konsequenzen für den Alpenraum und für die Bevölkerung, die auf der Nord-Süd-Achse an der A2 und an der A13 lebt.

Resolution: Nein zur zweiten Strassenröhre am Gotthard, Ja zur Verlagerung auf die Schiene!

Die SP Schweiz ist gegen den Bau einer zweiten Strassenröhre am Gotthard. Darum wird sie im Parlament und falls notwendig mit der Lancierung eines Referendums dafür kämpfen, dass diese verhindert wird.

In der Zwischenzeit wird sich die SP für diejenigen Lösungen einsetzen, die eine Nord-Süd-Verbindung während der Sanierung des bestehenden Gotthardstrassentunnels garantieren, ohne die Stassenkapazität zu erhöhen. So zum Beispiel die nur etappenweise Schliessung des Strassentunnels während den Perioden mit tiefem Verkehrsaufkommen, die Einrichtung eines Autoverlads und einer Rollenden Landstrasse für den Schwerverkehr. Lösungen, die auch verhindern, dass während der Gotthardsanierung der Transitverkehr auf die San Bernardino-Route umgeleitet wird, die für den Schwerverkehr ungeeignet ist.

Diese Lösungen würden vereinfacht und kostengünstiger, wenn das vom Volk mehrmals beschlossene und verfassungsmässig verankerte Ziel der Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene erreicht würde.

Durch eine zweite Gotthardröhre würde das Verlagerungsziel hingegen geradezu hintertrieben. Letztlich würde der Bau einer zweiten Röhre nichts anderes als die Weiterführung einer nicht nachhaltigen Mobilität bedeuten, die den Strassenverkehr immer weiter erhöht. Dies hätte aber ernste Konsequenzen für die Gesundheit der Bevölkerung – die schon heute einer sehr hohen Verschmutzung ausgesetzt ist – und für die Umwelt sowohl im Kanton Tessin als auch im Kanton Graubünden.

Bellinzona und Chur, im August 2012

Marina Carobbio, Nationalrätin SP Tessin
Carlo Lepori, Vizepräsident SP Tessin
Jon Pult, Präsident SP Graubünden

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annehmen.

Beschluss des Parteitages:

15. Gastrede: Giorgio Tonini, Senator Partito democratico (I)

Giorgio Tonini spricht in seiner Rede von ...

Das Referat von Giorgio Tonini, kann in Deutsch unter www.spschweiz.ch, in Französisch unter www.pssuisse.ch heruntergeladen werden. Italienisch?

16. Evtl. Fortsetzung Schwerpunkt II: Migrationspolitisches Positionspapier

Fortsetzung Detailberatung Migrationspapier

- Diskussion und Behandlung von Sektionsanträgen

17. Statuarische Geschäfte

Antrag der Geschäftsleitung

A-3: Antrag auf Statutenänderung zum Gleichstellungsrat

Statutenänderungen für den Parteitag 2012

Im Auftrag des DV-Beschlusses vom 23. Juni 2012 bezüglich des Gleichstellungsrats, stellt die AG Gleichstellung bestehend aus den nachfolgenden Personen die folgende Statutenänderung. Diese wurden an der Sitzung vom 6. Juli 2012 beschlossen.

- *die Co-Leitung der Gleichstellungsdelegation, vertreten durch Jean Christophe Schwaab und Philipp Hadorn (Vertretung von Yvonne Feri)*
- *das Co-Präsidium der SP Frauen Schweiz, Julia Gerber Rüegg und Barbara Stalder Ritschard (Leiterin AG Gleichstellung der SP Frauen)*
- *die AG junger SozialdemokratInnen, Marco Kistler und Tanja Walliser*
- *Präsidiumsvertretung: Stéphane Rossini*
- *Fachliche Begleitung: Barbara Berger*
- *entschuldigt: die Co-Leitung der Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität, Margret Kiener Nellen und Alan David Sanginés*

Antrag 1

Neu:

(Art. 1.3.): Die SP setzt sich für die Umsetzung der Menschenrechte und für die Verhinderung der Diskriminierung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung ein. Dafür stellt sie die geeigneten Strukturen, Massnahmen und Ressourcen zur Verfügung.

Ersetzt Art. 1.3. (alt):

(Art. 1.3): Die SP setzt sich parteiintern wie auch in ihrer öffentlichen Arbeit für die Gleichstellung von Frau und Mann ein und bezieht systematisch den Blickwinkel und die Bedürfnisse beider Geschlechter in ihre Politikfelder sowie in ihre Entscheidungen ein. Dafür stellt sie die geeigneten Mittel und Ressourcen zur Verfügung“.

Begründung: Die Gleichstellungspolitik muss als zentraler Pfeiler der sozialdemokratischen Politik gestärkt werden. Deshalb benötigt die SP Schweiz eine umfassende, breiter als heute gefasste Strategie, um ihre Geschlechter- und Gleichstellungspolitik formulieren und umsetzen zu können. Die Umsetzung der menschenrechtlichen Vorgaben zur Verhinderung der Diskriminierung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung sind dabei die Leitlinien.

Denn das Gebot der Nichtdiskriminierung und der Gleichbehandlung aufgrund des Geschlechts ist eine der grundlegendsten Normen der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und der Menschenrechtsverträge der UNO und des Europarates, welche die Schweiz ratifiziert hat. Die DV vom 23.6.2012 hat diese Leitlinie als Auftrag für eine Statutenänderung verabschiedet.

Antrag 2

Art.10 Die Organe der Partei
Die Organe der Partei sind.

Neu:

I. Gleichstellungsrat

Antrag 3

Neu

Art. 20bis Gleichstellungsrat

I.1. Zusammensetzung

Der Gleichstellungsrat besteht aus gesamthaft 14-20 Mitgliedern, darunter

- einem Co-Präsidium, bestehend aus einer Frau und einem Mann (gewählt durch den Rat)
- 4 Personen, delegiert aus den folgenden Gremien
- Co-Leitung der Gleichstellungsdelegation
- Co-Präsidium der SP Frauen Schweiz
- Co-Leitung des Organs, das sich um die Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität kümmert
- Präsidium der SP Schweiz
- Die restlichen Mitglieder werden von der DV der SP Schweiz für eine Legislatur gewählt. Dabei ist folgendes zu beachten:
- Die paritätische Vertretung muss gewährleistet sein.
- Das Ziel ist eine ausgewogene Vertretung der Kantone und Sprachregionen.

I.2. Aufgaben

Der Auftrag leitet sich aus Art. 1.3 der Statuten ab.

Der Gleichstellungsrat erarbeitet politische Inhalte, bestimmt Methoden und führt Kampagnen durch. Zudem betreibt er Bildungs- und Netzwerkarbeit. Der Rat legt der DV der SP Schweiz alljährlich Rechenschaft ab über seine Zielsetzungen und deren Erreichung.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annehmen.

Beschluss des Parteitages:

Antrag der SP Baden

A-4: Ergänzungsantrag zum Antrag der AG Gleichstellungspolitik

Ausgangslage

Die Delegiertenversammlung hat am 23. Juni 2012 beschlossen, Gleichstellungspolitik zum Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik zu machen, und hat einen Gleichstellungsrat als neues politisches Gremium eingeführt. Diesen Entscheid begrüßen wir sehr, denn so werden wichtige Anliegen der Menschenrechts- und Frauenbewegung aufgenommen und ins Zentrum der Aufmerksamkeit gebracht. Der Entscheid basiert auf dem gleichstellungspolitischen Fundament, das

die Frauenbewegung und die SP Frauen in Jahrzehntelanger fortschrittlicher Politik, zuweilen gegen den harten und falschen Widerstand der Männer, erkämpft haben. Mit dem paritätisch aus Frauen und Männern zusammengesetzten Gleichstellungsrat wird es möglich, eine zeitgemässe und moderne Gleichstellungspolitik zu prägen die gemeinsam von Männern und Frauen getragen wird. Damit wird die vorherrschende Deutung der Gleichstellungsfrage nicht mehr länger den rückständigen AntifeministInnen überlassen!

Die Verlegung der Gleichstellungspolitik ins Herz der Partei erfordert eine Neugestaltung in mehrerer Hinsicht: 1. Das Themenspektrum der Gleichstellung umfasst nicht mehr nur Frauenquoten und die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau, sondern auch die sexuelle Orientierung, Gleichstellungsidentität und viele weitere Fragen. Damit müssen in Zukunft unterschiedliche Gruppen inhaltlich zusammenarbeiten und sich entsprechend auch ihre Ressourcen teilen. 2. Das Funktionieren und die Umsetzungsdynamik der Gleichstellungspolitik hängt von der strukturellen Stärke des Gleichstellungsrates ab. Das heisst, die bereits existierenden Gremien und Gruppen, die sich bisher mit unterschiedlichen Gleichstellungsthemen befasst haben, sollen unter das strukturelle Dach des Gleichstellungsrates gestellt werden, dem sie auch ihre bisher zur Verfügung stehenden Mittel abtreten. Mit dem von der Geschäftsleitung angestrebten Vertretungsrecht der verschiedenen Gruppierungen im Gleichstellungsrat wird dies im Grunde auch beabsichtigt. Der Rat entscheidet über die Mittelvergabe auf Grund seiner festgelegten Strategie. Die Strategie, die die Geschlechter- und Gleichstellungspolitik der SP Schweiz formuliert und strukturiert, erarbeitet der Gleichstellungsrat selbst. Die finanziellen Mittel zur Umsetzung der beschlossenen Strategie werden im Budget festgelegt, über das an der geplanten DV vom 1. Dezember 2012 befunden wird.

Ergänzungsantrag zum Antrag der AG Gleichstellungspolitik

Der Gleichstellungsrat wird von einem Co-Präsidium, das aus einer Frau und einem Mann besteht, geleitet. Er koordiniert die Gleichstellungspolitik der SP. Dazu gehen die gleichstellungspolitischen Vertretungsrechte in den Organen und die gleichstellungspolitischen Ressourcen von den SP Frauen zum Gleichstellungsrat über. Zusätzlich werden dem Gleichstellungsrat im Rahmen der Budgetierung zusätzliche Ressourcen zugegliedert, insbesondere damit keine bisher erfolgreichen Projekte eingestellt werden müssen und gleichzeitig zusätzliche neue Projekte angestossen werden können. Der Gleichstellungsrat sorgt für eine sinnvolle Verteilung auf die verschiedenen Projekte und Gruppen.

Konkrete Ersetzungen der Vertretungsrechte:

Art 11.2.e Neu: „Den Mitgliedern des Gleichstellungsrates“

Art 14.3.e Neu: „Acht Delegierten des Gleichstellungsrates“

Art 14.4.n Ergänzung: „Und des Gleichstellungsrates“

Art 15.1.d Neu: „Drei Delegierten des Gleichstellungsrates“

Art 16.1.e Neu: „Zwei Delegierten des Gleichstellungsrates“

Art 19.2 Ersetzen: „die Sekretärin der SP Frauen Schweiz“ durch „das Sekretariat des Gleichstellungsrates“

Begründung: Der Gleichstellungsrat ist, im Gegensatz zu den SP Frauen, für alle Mitglieder offen und wird demokratisch durch die Delegiertenversammlung bestellt. Auch sind die verschiedenen bisher bestehenden Gruppen mit ständigen Vertretungen im Rat eingebunden. Ausserdem ist es wichtig dass viele heute gleichstellungspolitisch aktive Personen sich direkt im Gleichstellungsrat einbringen und nicht Parallelstrukturen aufgebaut werden. Dadurch kann der demokratische Gleichstellungsrat für die gesamte Partei relevante Positionen ausarbeiten und für eine ausgewogene und effektive Verteilung der Ressourcen sorgen.

Stellungnahme der GL: Ablehnen

Die DV vom 23. Juni 2012 beschloss die Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik mit einem Menschenrechtsansatz in den Statuten zu verankern. Zudem beschloss die DV auch für die Umsetzung dieser umfassenderen Strategie einen Gleichstellungsrat zu schaffen. Dieser Rat erarbeitet politische Inhalte, bestimmt Methoden und führt Kampagnen durch. Zudem betreibt er Bildungs- und

Netzwerkarbeit. Dies ist unbestritten. Genauso beschloss die DV, die Ressourcenfrage im Rahmen des Budgets an der DV vom 1. Dezember 2012 zu klären, sowie ein *Genderbudgeting* einzuführen. Im Gleichstellungsrat sind alle Gruppierungen, Organisationen und Organe vertreten, die sich um die Gleichstellung der Geschlechter kümmern. Das sind namentlich: Die Gleichstellungsdelegation der SP Fraktion der eidgenössischen Räte, die Fachkommission sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität und die SP Frauen Schweiz. Der Gleichstellungsrat ist für alle zugänglich, die sich in der Geschlechter- und Gleichstellungspolitik engagieren wollen. Das war ein wichtiges Anliegen hinter der Statutenreform und ist damit erfüllt.

All diese oben genannten Gremien funktionieren eigenständig weiter und sind dem Gleichstellungsrat weder finanziell noch organisatorisch unterstellt. Es ist deshalb strukturell nicht logisch die SP Frauen Schweiz dem Gleichstellungsrat zu unterstellen und ihre Mitbestimmungsrechte dem Gleichstellungsrat zu übertragen.

Die SP Frauen Schweiz sind eine eigenständige Organisation innerhalb der Partei. Sie sind ein feministisches Netzwerk, das sich anwaltschaftlich gegen Diskriminierungen einsetzt, die Frauen betreffen.

Im Wissen darum, dass der Mainstream die Gleichstellungspolitik immer verdrängt, weil sie eine Machtfrage stellt, braucht es verschiedene Gruppen und Gruppierungen innerhalb einer Organisation die auf gleichstellungspolitische und feministische Agenden hinarbeiten. Eine dieser Gruppierungen, vor allem eine basisdemokratische wie die SP Frauen Schweiz, innerhalb der SP Schweiz entmachten zu wollen. Die GL lehnt deshalb diesen Antrag ab.

Beschluss des Parteitages:

Antrag der SP Uetikon am See

A-5: Änderungsantrag zum Gleichstellungsrat

Die SP Uetikon am See stellt dem Parteitag den Antrag, den Vorschlag für die Neufassung von Art. 1.3. wie folgt zu ändern:

Die SP setzt sich für die Umsetzung der Menschenrechte und für die Verhinderung von Diskriminierung ein. Dafür stellt sie die geeigneten Strukturen, Massnahmen und Ressourcen zur Verfügung.

Sie setzt sich parteiintern wie auch in ihrer öffentlichen Arbeit für die Gleichstellung von Frau und Mann ein und bezieht systematisch den Blickwinkel der Geschlechterzugehörigkeit, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung in ihre Politikfelder und Entscheidungen ein.

Begründung

Der ursprüngliche Text geht zwar von der Umsetzung der Menschenrechte und vom Diskriminierungsverbot aus, reduziert diese aber im gleichen Satz ausschliesslich auf die Geschlechterfrage. Diskriminierungsverbot und Gleichstellung betreffen auch, aber nicht nur die Geschlechterfrage. Alle andern Felder (unsere Verfassung nennt in Art. 8 rund ein Dutzend Gefahrenquellen für Diskriminierung) dürfen nicht einfach ausgeklammert werden.

Mit unserer Formulierung verankern wir die Umsetzung der Menschenrechte und die Verhinderung von Diskriminierung als eigenständige Aufgabe in unserem politischen Auftrag. Mit dem zweiten Satz setzen wir einen Schwerpunkt. Damit wird auch der neue Gleichstellungsrat seinem Namen gerechter.

Stellungnahme der GL: Modifizierte Annehmen

Artikel 1.3. der Statuten soll sich explizit der Geschlechter- und Gleichstellungspolitik widmen. Dabei kann der Satz jedoch der Verständlichkeit halber auseinandergenommen werden, das dem Ziel der Antragstellenden entgegen kommt, **die Umsetzung der Menschenrechte und die Verhinde-**

rung von Diskriminierung als eigenständige Aufgabe im politischen Auftrag der SP zu verankern.

Neue Formulierung in Statuten modifizierter Art. 1.3:

Die SP setzt sich für die Umsetzung der Menschenrechte und für die Verhinderung der Diskriminierung ein. Der Schwerpunkt liegt auf der Verhinderung der Diskriminierung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung. Dafür stellt sie die geeigneten Strukturen, Massnahmen und Ressourcen zur Verfügung.

Beschluss des Parteitages:

18. Beitrag von Solidar suisse: Kampagne für besseres Arbeitsrecht

Herausforderung Entwicklungszusammenarbeit (Esther Maurer)

Beitrag von solifonds (Tanja Walliser)

19. Parolenfassung zu den eidg. Abstimmungen vom 25. November 2012

Antrag der Geschäftsleitung SP Schweiz

Referendum gegen die Änderung des Tierseuchengesetzes (TSG)

Mit dem revidierten Tierseuchengesetz (TSG) wird die Prävention vor Tierseuchen gefördert und wirksam verbessert. Die Vorlage ermöglicht aktivere und schneller umsetzbare Massnahmen zur Bekämpfung von Seuchen mittels Früherkennungs- und Überwachungsprogrammen. Ferner wird der Haustierhandel zur Verhinderung von Seuchenverschleppungen generell verboten. Im Bereich der Bienengesundheit wird das Engagement durch die Professionalisierung und Intensivierung der Ausbildung der Bieneninspektoren gestärkt.

Das neue TSG bringt keine Änderungen im Zusammenhang mit Impfprogrammen (Zwangsimpfungen), aber der Bund erhält die Möglichkeit zur Beschaffung und unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Impfstoffen und zum Betrieb von Impfstoffbanken. Weiter kann die Finanzierung und die Leistungsabgeltung von neuen Programmen zur Tierseuchenbekämpfung schweizweit einheitlich geregelt werden. Damit können künftig bei nationalen Programmen für die Landwirte nicht nachvollziehbare Unterschiede bezüglich Finanzierung und Leistungsabgeltung zwischen den Kantonen vermieden werden.

Ein Komitee um den Naturheilkundler Daniel Trappitsch hatte das Referendum gegen das im Parlament unbestrittene TSG ergriffen. Mit dem Gesetz würden «die Eigenverantwortung, Entscheidungsfreiheit und Erfahrungskompetenz der Tierhalter stark beschnitten», so seine Argumentation. Im Nationalrat wurde das TSG mit einer Gegenstimme (192 zu 1 bei 3 Enthaltungen) und im Ständerat einstimmig gutgeheissen.

Stellungnahme der GL: JA-Parole

Beschluss des Parteitages: z.B. Der Parteitag bestimmt einstimmig die Ja-Parole.

Antrag der Geschäftsleitung SP Schweiz

Referendum gegen die Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland, der Schweiz und Grossbritannien sowie der Schweiz und Österreich über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt und Bundesgesetz über die internationale Quellenbesteuerung

Die Abkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich sehen vor, dass Personen mit Wohnsitz in diesen Staaten ihre bestehenden Kundenbeziehungen zu schweizerischen Finanzinstituten steuerlich regularisieren können, indem sie entweder eine Einmalzahlung leisten oder einer Offenlegung zustimmen. Kapitaleinkünfte, welche diese Personen auf Konten oder Depots erzielen, unterliegen künftig einer abgeltenden Quellensteuer, deren Erträge die Schweiz an die Steuerbehörden der Wohnsitzstaaten weiterleitet. Ein ähnlicher Mechanismus kommt im Erbschaftsfall zur Anwendung.

Zur Sicherung des Abkommenszwecks erteilt die Eidgenössische Steuerverwaltung den Steuerbehörden des Partnerstaates unter den im Abkommen festgelegten Voraussetzungen Auskünfte über die Existenz von Bankverbindungen. Die Schweizer Banken verpflichten sich, kurz nach Inkrafttreten des jeweiligen Abkommens eine Vorauszahlung zu leisten, um so ein Mindestaufkommen aus der Vergangenheitsregularisierung zu sichern.

Zudem muss die Schweiz dem Partnerstaat Hinweise übermitteln, wohin die BankkundInnen, die ihre Geschäftsbeziehungen in der Schweiz nach Unterzeichnung der Abkommen aufgelöst haben, ihre Vermögenswerte überwiesen haben. Als Gegengeschäft hat die Schweiz mit den Partnerstaaten Erleichterungen bei der grenzüberschreitenden Erbringung von Finanzdienstleistungen vereinbart.

Der Bundesrat nimmt die drei Abgeltungssteuerabkommen als Anlass, sich einerseits weiter gegen den automatischen Informationsaustausch (AIA) zu stellen und andererseits bei der geplanten Selbstdeklaration weitere Abstriche und Ausnahmen zu definieren. Weil die SP davon überzeugt ist, dass der AIA zum internationalen Standard wird und die Schweiz besser früher als später diesen Systemwechsel aufgleist, können diese Gesetze nicht unterstützt werden. Entgegen anfänglichen Hoffnungen sind die Abgeltungssteuerabkommen kein Schritt hin zum AIA, sondern würden diese Entwicklung zum Schaden der Schweiz weiter verzögern.

Zwar bringen diese Abkommen eine Lösung bzw. beträchtliche Steuereinnahmen für die bisher un versteuerten Altvermögen durch die im Gesetz vorgesehene Regularisierung. Dieser Aspekt vermag jedoch die grundsätzlichen Nachteile der Abkommen nicht zu kompensieren, zumal eine Einführung des AIA auch mit einer Lösung für die Altvermögen kombiniert sein müsste.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: 4 x NEIN

Beschluss des Parteitages:

20. Behandlung von weiteren Anträgen und Resolutionen

Antrag von Cédric Wermuth (Nationalrat AG) et al.

A-6: Antrag betreffend Vorwahlen zu Erneuerung des Bundesrats

Gestützt auf Art. 11 Abs. 2 lit. d und Art. 11 Abs. 4 reiche ich als Mitglied der Fraktion folgenden Antrag zu Händen des Parteitages ein:

Antrag: Die Geschäftsleitung erarbeitet ein Modell zu parteiinternen Vorwahlen für die Bundesratskandidat_innen der SP Schweiz im Falle eines Rücktritts der Amtsinhaber_innen. An diese Vorwah-

len können alle Mitglieder der Partei teilnehmen. Die Entscheide sind für Partei und Fraktion bindend. Eine entsprechende Statutenänderung oder Reglemententwurf wird spätestens am nächsten Parteitag den Delegierten zu Diskussion und Genehmigung vorgelegt.

Begründung: Heute ist alleine die Fraktion für die Nomination der Bundesratskandidat_innen zuständig (Statuten der SP Schweiz Art. 21 Absatz 5). Dies entspricht allerdings längst nicht mehr der Bedeutung der Bundesrät_innen für die Gesamtpartei und nicht zuletzt auch ihrer Rolle in Wahlen und Abstimmungen. Mit einem parteiinternen Vorwahlverfahren könnten die Bundesrät_innen in Zukunft optimal in der Parteibasis verankert werden. Zudem ermöglicht es ein solches Verfahren, die Partei gegen aussen zu öffnen und die eigenen Leute zu mobilisieren. Solche Vorwahlen bieten ein optimales Instrument um mehr Mitglieder der Partei in die nationale Verantwortung und Entscheidungsfindung einzubinden.

Der Zeitpunkt für eine solche Debatte ist ausserdem optimal. Unsere aktuellen Amtsinhaber werden nicht sofort zurücktreten. Somit kann die Debatte losgelöst von allfälligen persönlichen Animositäten geführt werden.

MitunterzeichnerInnen:

Sebastian Dissler, Sekretär SP Luzern
 Marco Kistler, Kantonsrat SP Glarus
 David Gallusser, SP Zürich 4
 Nenad Stojanovic, Kantonsrat PS Ticino
 Lorenz Keller, SP Zürich 5
 Florian Vock, Präsident SP Turgi-Gebenstorf
 Yves Fankhauser, Vize-Präsident der Amtei SP Solothurn

Jon Pult, Grossrat / Präsident SP Graubünden
 Benoit Gaillard, Mitglied Stadtparlament Lausanne, SP Lausanne
 Benedikt Knobel, SP Thurgau
 Fabian Molina, SP Illnau-Effretikon/Lindau
 Mattea Meyer, Kantonsrätin SP/JUSO Kanton Zürich
 Kristina Schüpbach, Zentralsekretärin JUSO Schweiz
 Meret Heger, Geschäftsleitung JUSO Schweiz

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Entgegennehmen/Sistieren

Begründung: Aus Sicht der GL ist die Absicht der Resolution aufs engste mit der Volksinitiative für die Volkswahl des Bundesrates verknüpft und daher erscheint es sinnvoll diese beiden Fragen nicht zum jetzigen Zeitpunkt, sondern zusammen mit der Position zur Volksinitiative zu diskutieren. Die „Volkswahl“ der SP-Kandidaten im Sinne von Primaries erscheinen der GL nicht zweckmässig, so lange das wählende Gremium der Bundesräte die Vereinigte Bundesversammlung ist. Kommt hinzu, dass es bei Primaries kaum mehr möglich wäre, die Interessen von Minderheiten zu berücksichtigen. Bei den letzten beiden Besetzungen von SP-Sitzen im Bundesrat hat sich aus Sicht der GL das geltende Verfahren zudem bewährt. Über die Kantonalparteien ist die Basis in die Nomination eingebunden.

Darum empfiehlt die GL, dass diese Resolution entgegengenommen und zusammen mit der Frage der Volkswahl der Bundesräte zu einem späteren Zeitpunkt breit debattiert wird.

Beschluss Parteitag:

Antrag der Coordination des Partis Socialistes Romands

A-7: Parteifinanzierung

Mehrere Finanzinstitute kündigten im Frühling an, sie wollten die wichtigsten politischen Parteien der Schweiz (darunter auch die SP) finanziell unterstützen. Die Höhe dieser Zuwendungen soll sich nach der Vertretung der jeweiligen Partei in den politischen Behörden richten. Unsere Partei muss sich deshalb entscheiden, wie sie mit solchen Spendenangeboten umgehen will.

Die Koordination der sozialdemokratischen Parteien der Romandie hat bereits an der Delegiertenversammlung in La Chaux-de-Fonds in einer Resolution von der Geschäftsleitung gefordert, über diese Frage am Parteitag vom 8. und 9. September in Lugano zu diskutieren. Die Koordination ist nach wie vor felsenfest überzeugt, dass hinter der plötzlichen Bekehrung der Privatwirtschaft zu demokratischen Werten handfeste Interessen stehen. Sie sieht darin den Versuch, sich (wieder) Ansehen und das Wohlwollen ihrer Sponsoren in anstehenden bankpolitischen Geschäften zu verschaffen.

Die sozialdemokratischen Parteien der Romandie sind einhellig der Meinung, die SP würde ihre bisherige politische Arbeit verraten, wenn sie solche Spenden annähme. Die Sozialdemokraten dürfen mit Stolz für sich in Anspruch nehmen, finanziell unabhängig zu sein und dies regelmässig zu beweisen, indem sie ihre Buchführung offen legen. Nimmt die SP auch nur die kleinste Spende dieser Art an – und sei es, um sie voll und ganz in die Einführung einer transparenten, strikt regulierten Parteienfinanzierung zu investieren – käme unweigerlich der Argwohn auf, es habe geheime Verhandlungen um ein Gegengeschäft gegeben. Ein solcher Verdacht wäre für uns inakzeptabel.

An dieser unzweideutigen Haltung hat sich nichts geändert, obwohl die Koordination sich in La Chaux-de-Fonds einverstanden erklärte, die Behandlung ihrer Resolution zu verschieben. Begründet wurde dies damals damit, man wolle den Ausgang der Vernehmlassung bei den Kantonalparteien abwarten, welche von der Geschäftsleitung gestartet worden war. Die Kantonalparteien können sich zu zwei Optionen äussern: einer grundsätzlichen Ablehnung jeglicher Spenden aus der Privatwirtschaft oder aber deren Annahme unter strengen Bedingungen. Ursprünglich hätte diese Vernehmlassung bis Mitte Juni dauern sollen. Sie wurde jedoch bis Ende August verlängert, um sicherzustellen, dass eine möglichst grosse Zahl an Kantonalparteien teilnehmen kann. Das SP-Präsidium will deshalb die Debatte über diese Frage auf Ende Jahr verschieben. Die Koordination der sozialdemokratischen Parteien der Romandie teilt diese Meinung nicht. Sie schlägt mit der vorliegenden Resolution vor, den Entscheid über die Finanzierung der SP an diesem Kongress in Lugano zu fällen.

Entscheid : Aus oben genannten Gründen wird der Parteitag der SP Schweiz aufgefordert, folgenden Beschluss zu fassen: Die SP Schweiz lehnt die Finanzierung ihrer Aktivitäten durch Spenden jeglicher juristischer Personen oder anderer Verbände ausnahmslos ab. Diese finanzielle Unabhängigkeit wird an der nächsten Delegiertenversammlung in den Parteistatuten verankert.

Begründung : Die Geschäftsleitung will die Ergebnisse der Vernehmlassung an der Delegiertenversammlung vom 1. Dezember präsentieren und dann eine eingehende Debatte führen. Die Koordination der sozialdemokratischen Parteien der Romandie ist demgegenüber der Meinung, die ethische und moralische Dimension eines solchen Entscheids sei von derart grosser Bedeutung für die SP, dass dieser vom Parteitag als höchste Instanz gefällt werden müsse. Immerhin hat die Geschäftsleitung nach Ende der Vernehmlassung rund zehn Tage Zeit, um eine Zusammenfassung fertig zu stellen und sie zusammen mit ihrer Stellungnahme der Tischvorlage für den Parteitag beizufügen. Die Kantonalparteien haben sich ihrerseits schon mit dem Thema beschäftigt und ihren Entscheid gefällt, um in der Vernehmlassung antworten zu können. Es gibt daher überhaupt keinen Grund, um mit der Entscheidung über die beiden zur Diskussion gestellten Optionen bis im Dezember zuzuwarten. Ganz im Gegenteil: Wir sind überzeugt, unsere Aktivistinnen und Aktivisten wie auch unsere Sympathisantinnen und Sympathisanten erwarten, dass sich die SP so rasch als möglich und unmissverständlich klar äussert. Deshalb verlangt die Koordination der sozialdemokratischen Parteien der Romandie von der Geschäftsleitung, eine Änderung der Traktandenliste des Parteitags in Lugano. So soll die notwendige Zeit beschafft werden, um zu Beginn der Versammlung definitiv die Frage zu regeln, ob die SP Schweiz Gelder aus der Privatwirtschaft annehmen darf oder nicht, um ihre Aktivitäten zu finanzieren.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnen

Begründung: Es bereits angekündigt worden, dass anlässlich der Delegiertenversammlung vom 1. Dezember 2012 in Thun über den Umgang der Partei mit Spenden aus der Wirtschaft diskutiert

und entschieden werden soll. In den Kantonalparteien sind in den letzten Monaten im parteiinternen Vernehmlassungsverfahren breite Debatten geführt worden und die entsprechenden Rückmeldungen sollen nun in einen Vorschlag der GL zuhanden der Delegierten aufgenommen werden. Es wäre aus Sicht der GL nicht gerechtfertigt, dieses laufende Verfahren jetzt vorzeitig abzubrechen, ohne dass sehr interessanten Vorschläge der Kantonalparteien verglichen und möglichst weitgehend berücksichtigt werden können. Für die GL steht für einen solchen vorgezogenen Entscheid keinerlei Anlass, da die Partei in dieser Frage auch unter keinerlei Zeitdruck steht. Entsprechend wird die Ablehnung der Resolution empfohlen.

Beschluss Parteitag:

Antrag der PS Chavannes

A-8: Stopp mit den unverschämte hohen Salären der Direktoren der Unternehmen des Bundes

Es wird schon fast zur Gewohnheit. Jedes Jahr steigen die Saläre der meisten Direktoren der Unternehmen des Bundes im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich an.

Diese unverschämten Erhöhungen haben einerseits zur Folge, dass in diesen Betrieben die Schere zwischen den tiefsten und den höchsten Löhnen immer weiter auseinander geht. Gleichzeitig liegen die Jahressaläre der Direktoren inzwischen aber auch weit über jenen der Departementsvorsteherinnen und -vorsteher, von denen die Unternehmen des Bundes abhängig sind.

Die Chefs der Unternehmen des Bundes sind inzwischen an einem Punkt angekommen, da sie auch die CEO der ultraliberalsten Privatunternehmen kaum noch um etwas beneiden müssen.

SBB-Direktor Andreas Meyer bezog 2011 ein Jahressalär von 1'030'207 Franken gegenüber 956'957 im Jahr 2010. Jürg Bucher, Generaldirektor der Post, kam 2011 in den Genuss von 924'501 Franken; 2010 waren es 903'384 Franken gewesen.

Bei anderen Unternehmen der öffentlichen Hand oder bei Einheiten des Bundes wie der SUVA, Skyguide oder selbst der FINMA sieht es nicht anders aus. Swisscom-CEO Carsten Schloter stellt die einzige Ausnahme dar. Sein Jahressalär sank von 2010 auf 2011 von 1'899'000 auf 1'570'000 Franken.

Zum Vergleich: Das Jahressalär eines Bundesrats – Repräsentationsspesen und Sozialleistungen inbegriffen – betrug 2011 474'718 Franken.

Unternehmen	2010	2011	Differenz
Swisscom	Carsten Schloter 1'899'000 Franken	Carsten Schloter 1'570'000 Franken	-17.3%
SBB	Andreas Meyer 956'957 Franken	Andreas Meyer 1'030'207 Franken	+7.7%
Die Post	Jürg Bücher 903'384 Franken	Jürg Bücher 924'501 Franken	+2.3%
SUVA	Ulrich Fricker 547'826 Franken	Ulrich Fricker 583'820 Franken	+6.6%
FINMA	Patrick Raaflaub 541'468 Franken	Patrick Raaflaub 542'800 Franken	+0.3%
Skyguide	Daniel Weder 483'188 Franken	Daniel Weder 559'272 Franken	+15.8%
Bundesrat		474'718 Franken	

Tabelle 1: Gesamtjahressaläre für die Jahre 2010 und 2011**Quelle: Kaderlohnreporting 2010 und 2011 des Bundesrats**

Betrachtet man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg, zeigt etwa das Beispiel der SBB ein bisher ungekanntes Auseinanderdriften der tiefsten und der höchsten Löhne.

Generaldirektor		Schalterangestellte		Zugführer		Gleismonteur	
1996	300'000 Fr.	1996	76'174 Fr.	1996	73'500 Fr.	1996	63'103 Fr.
2001	494'000 Fr.	2001	76'174 Fr.	2001	73'500 Fr.	2001	63'103 Fr.
2006	729'134 Fr.	2006	78'101 Fr.	2006	75'097 Fr.	2006	64'441 Fr.
2011	1'030'207 Fr.	2011	83'101 Fr.	2011	80'097 Fr.	2011	68'731 Fr.
Seit 2006		Seit 2006		Seit 2006		Seit 2006	
	+243.4%		+9.1%		+9.0%		+8.9%

Tabelle 2 : Entwicklung der Saläre bei der SBB (maximale Gesamtjahressaläre)**Quelle: Bund und SBB**

Die Lohnschere zwischen den tiefsten und den höchsten Salären lag 2011 bei 1:21 für die Post, 1:25 für die SBB und 1:35 für die Swisscom.

Dieser Zustand ist unhaltbar. Unsere Partei ist verpflichtet, solche Missbräuche anzuklagen.

Denn in einer Zeit, da in unserem Land :

- der Arbeitsmarkt und die Anforderungen für die Angestellten immer härter werden;
- die Entlassungen und die Gefahr von Entlassungen zunehmen ;
- die Lohnschere bis zu einem Verhältnis von 1:266 (Novartis) aufgeht;
- fast 10 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen sind ;
- kein gesetzlicher Mindestlohn existiert ;
- es immer schwieriger wird, am Ende des Monats die Rechnungen zu zahlen ;
- die Gräben zwischen Arm und Reich immer tiefer werden ;
- die Saläre der Chefs steigen, während jene der Angestellten sinken ;

obliegt es dem Staat mit gutem Beispiel voran zu gehen und den Direktoren jener Betriebe, die dem Volk gehören, vernünftige und ethisch vertretbare Saläre zu zahlen.

Aus diesen Gründen schlägt die Sektion Chavannes-près-Renens dem Parteitag vor, die folgende Resolution zu verabschieden:

Die Delegiertenversammlung beauftragt die SP-Bundeshausfraktion, bis Mitte 2013 eine parlamentarische Initiative einzureichen, welche zum Ziel hat, die individuellen Gesamtjahressaläre der Leiter der Unternehmen des Bundes auf maximal 500'000 Franken zu beschränken. Diese Regelung soll all jene Unternehmen betreffen, an denen der Bund direkt oder indirekt mindestens die Hälfte des Kapitals hält. Der Betrag von 500'000 Franken umfasst die fixen, aber auch die variablen Lohnbestandteile wie mögliche Boni oder verschiedenste Vergütungen.

Die Sektion Chavannes ist überzeugt, dass der Bund auch mit einer derartigen Regelung kompetente Manager finden kann. In unserem Land gibt es in Hülle und Fülle dynamische und brillante junge Leute.

Stellungnahme der GL: Modifiziert Annehmen

Begründung: Die GL teilt die Empörung der PS Chavannes über die unglaubliche Öffnung der Lohnschere zwischen tiefsten und höchsten Salären bei Unternehmen wie Swisscom, SBB oder Post. Entsprechend erachtet sie es auch als richtig und zwingend, diese Frage immer wieder im Parlament zu thematisieren bzw. anzuprangern, wie das die SP-Fraktion der Bundesversammlung natürlich in den letzten Jahren bereits auch immer wieder gemacht hat.

Konkret schlägt die GL aber vor, dass die Fraktion aufgefordert wird, eine solchen parlamentarischen Vorstoss nicht mit einer fixen Obergrenze zu formulieren, sondern stattdessen zu verlangen,

für Unternehmen mit einer direkten oder indirekten Kapitalmehrheit des Bundes ein Anwendung der Vorgaben der 1:12-Initiative festzulegen. Dadurch würden die unteren Einkommen immer auch davon profitieren, wenn die Saläre der obersten Einkommensstufen erhöht werden.

Beschluss Parteitag:

Antrag der Coordination des Partis Socialistes Romands

A-9: Die SP fordert die offizielle Schweiz auf, den demokratischen Wandel in Syrien zu unterstützen

Seit März 2011 reklamiert das syrische Volk legitimerweise für sich Menschenwürde, Freiheit und Bürgerrechte. Das Regime von Bashar al-Asad antwortet darauf mit fürchterlicher Repression: Mehr als 20'000 Zivilisten wurden getötet, zehntausende von Menschen landeten im Gefängnis oder verschwanden. Systematische Folter, Bombardements, Panzer- und Artillerieangriffe auf die Zivilbevölkerung... Die Liste der Übergriffe des Regimes ist lang. Mehr als 1,5 Millionen Syrierinnen und Syrier mussten ihren Wohnsitz, ihr Dorf, ihre Stadt aufgeben und flüchten – sei es innerhalb des Landes oder über die Grenzen. Sie sind nun von humanitärer Hilfe abhängig.

Seit achtzehn Monaten dauert die grausame Unterdrückung der Volksaufstände an, und es darf nicht sein, dass sich die Geschichte wiederholt. Innersyrische und internationale Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht dazu führen, dass andere Kräfte versuchen, die legitimen Forderungen des syrischen Volks im Keim zu ersticken, für sich zu vereinnahmen oder sich dieser zu bemächtigen. Das syrische Regime, Russland, Katar, Saudi-Arabien, die USA und viele andere Länder verfügen über eine offizielle oder inoffizielle Agenda. Sie versuchen, den Aufstand des syrischen Volks zu benutzen oder zu manipulieren, damit dieser ihren Interessen zugute kommt. Die fürchterliche Realität vor Ort lässt indes nur eine Schlussfolgerung zu: Ein Regime, das sein Volk mit schweren Waffen angreift und bombardiert, muss von der Internationalen Gemeinschaft geächtet und seine Repräsentanten dem Internationalen Strafgerichtshof überantwortet werden.

Nur ein grossangelegter, von der UNO unterstützter Prozess kann einen Rahmen schaffen, der einen politischen Wandel hin zu einem Regime ermöglicht, das die Souveränität des Landes, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und jene der religiösen und ethnischen Gruppen der syrischen Gesellschaft respektiert. In einen solchen Prozess müssen sowohl die inner- wie aussersyrische politische Opposition wie auch die obersten Machthaber des Regimes einbezogen werden.

Die SP Schweiz verbeugt sich vor dem Mut des syrischen Volks und unterstützt dessen Kampf für Würde und Freiheit.

- Die SP Schweiz engagiert sich für ein pluralistisches und demokratisches Syrien, das auf dem Rechtsstaat, der Einhaltung der Menschenrechte und jener der Minderheiten fusst. Deshalb ruft die SPS dazu auf, dass diktatorische Regime Bashar al-Asads rasch zu stürzen und so einen politischen Übergang zur Demokratie zu ermöglichen.
- Die SP Schweiz sucht die UNO (Sicherheitsrat, Generalsekretariat, Menschenrechtsrat etc.) und die Arabische Liga nach, sofort aktiv zu werden und die geostrategischen Ziele mehrerer Länder zu überwinden. Sie sollen insbesondere einen Plan für einen demokratischen Übergang in Syrien entwerfen.
- Die SP Schweiz ruft dazu auf, die demokratische syrische Opposition und die stetig wachsende Zivilgesellschaft nach 40 Jahren bleierner Unterdrückung politisch, finanziell und konzeptuell zu unterstützen. Sie sollen so zu politischen Akteuren beim Übergang zur Demokratie werden, der auf den Sturz des Regimes folgen muss.
- Die SP Schweiz verurteilt sämtliche militärischen und politischen Versuche, die legitime syrische Aufstandsbewegung und ihr Streben nach Würde und Freiheit zu destabilisieren oder zu vereinnahmen. Dies gilt für das syrische Regime ebenso wie für angrenzende Länder, regionale und Weltmächte oder politisch-religiöse Bewegungen.

- Die SP Schweiz fordert die offizielle Schweiz auf, auf diplomatischer, politischer und humanitärer Ebene eine aktivere Rolle einzunehmen. Die Schweiz darf sich nicht mit vagen Stellungnahmen begnügen oder träge die internationalen Sanktionen nachvollziehen.

Die Schweiz muss :

1. öffentlich zu einem raschen demokratischen Wandel in Syrien aufrufen, d.h. zum Sturz des Regimes Asad. Sie muss also nicht nur die Menschenrechtsverletzungen des Regimes und gewisser bewaffneter Gruppen verurteilen.
2. wirksame wirtschaftliche Sanktionen gegen das Regime beschliessen, umsetzen und überwachen. Insbesondere müssen die Guthaben der Machthabenden des korrupten Regimes eingefroren werden, statt bloss zögerlich die EU-Sanktionen nachzuvollziehen, wie dies seit Mai 2011 geschieht. Handelsfirmen, die in der Schweiz eine Niederlassung haben und in Syrien aktiv sind (Erdöl, Gas) müssen wirksam kontrolliert werden (z.B. durch überraschende Besuche bei den entsprechenden Unternehmen).
3. ein Kontingent syrischer Flüchtlinge aufnehmen, welche Opfer der Auseinandersetzungen wurden.
4. die zivile politische Opposition in Syrien unterstützen (Konferenzen, Ausbildung, Logistik etc.).
5. sich aktiv dafür engagieren, dass die begangenen Verbrechen nicht straflos bleiben und die Konfliktparteien (das Regime Asad und die bewaffnete Opposition) das humanitäre Kriegsvölkerrecht respektieren.
6. ihre humanitäre Hilfe für die Opfer des Konflikts in Syrien ausbauen und einen Teil ihrer humanitären Hilfe über die Solidaritätskanäle der syrischen Zivilgesellschaft verteilen.
7. sämtliche Waffenexporte in den Mittleren Osten (inklusive Israel) und in die Golfstaaten verbieten. Militärkooperationen mit Ländern der genannten Regionen sind ebenso zu verbieten.
8. den Schutz und die Sicherheit der syrischen Opposition in der Schweiz mit Unterstützung der Nachrichtendienste und der Polizei gewährleisten.
9. Lakhdar Brahimi, den neuen Sondergesandten für Syrien der UNO und der Arabischen Liga, aktiv unterstützen. Dazu sollen insbesondere die Kontakte zu Russland, China und dem Iran genutzt werden.
10. die notwendigen Vorkehrungen treffen, damit die in Syrien begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafrechtlich verfolgt und die Schuldigen bestraft werden.

Die pluralistische Zukunft Syrien gehört dem syrischen Volk und nur ihm alleine. Sichern wir ihm unsere Unterstützung zu.

Stellungnahme der GL: Annehmen.

Beschluss Parteitag:

Antrag der PS Orbe et Environs

A-10: Arbeitergenossenschaften : Eine demokratische Antwort des Sozialdemokraten auf den sozialen Abbau und die Prekarisierung durch die kapitalistische Wirtschaft

Einleitung:

Seit den ersten Sitzungen der Sozialistischen Internationalen kämpfte die Arbeiterbewegung dafür, das Leben der Arbeiterinnen und Arbeiter (Proletariat) zu verbessern.

Dabei wandten die Arbeiterinnen und Arbeiter unterschiedliche Strategien an:

1. Sie verteidigten die politischen Interessen der Arbeiterschaft, indem sie die bestehenden Gesetze verbesserten und die Sozialversicherungen schufen. Sie stärkten die Demokratie durch die Einführung der Proporzwahl. Zudem etablierten sie das Proletariat als wichtige politische Kraft, indem der SGB den Anstoss zur Gründung der SP Schweiz gab.
2. Sie riefen Gewerkschaften ins Leben (Vereinsfreiheit), um die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben zu verteidigen und um die Demokratie in der Wirtschaft zu gewährleisten. Gleichzeitig schufen sie selbstverwaltete Räume wie die Arbeitergenossenschaften, damit das Proletariat in wirtschaftlicher Unabhängigkeit leben konnte.

Im Rahmen der Arbeiterbewegung schufen die Gewerkschaften Arbeitergenossenschaften und verbesserten so die Lebensbedingungen (höhere Löhne, bessere Arbeitskonditionen, Kampf gegen Arbeitslosigkeit). Es entstanden Produktionsgenossenschaften, Baugenossenschaften, Wohngenossenschaften mit erschwinglichen Mieten, Konsumgenossenschaften für die Verpflegung (Coop Schweiz), Genossenschaften für gewerkschaftliche Versicherungen (Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Rente und andere) und auch Bankgenossenschaften (Coop Bank, die frühere Genossenschaftliche Zentralbank).

Erklärungen:

Die aktuelle Krise wird die Schweiz nicht verschonen. Gleichzeitig verfolgt die bürgerliche und unternehmerische Rechte eine Politik des Sozialabbaus und der Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Ausserdem sinkt die Kaufkraft der mittleren und schlechter bemittelten Klassen stetig. Wir müssen deshalb dauerhafte Lösungen finden, um unsere Errungenschaften zu bewahren und die derzeit geltenden bescheidenen Rechte (Arbeitsgesetz, Obligationenrecht, Zivilrecht) zugunsten der Arbeiterschaft zu verbessern. Gewerkschaftsaktivistinnen und –aktivisten oder Gewerkschaftsabgeordnete in den Personalkommissionen werden entlassen, weil sie Spielverderber für die reaktionäre Kräfte sind, die zum Gesetz des Stärkeren zurückkehren wollen. Zu Zuständen also, wie sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschten. Unsere einzige Gegenwaffe, über die wir verfügen, besteht darin, zu unseren Wurzeln zurückzukehren! Wir müssen die Schaffung von Arbeitergenossenschaften unterstützen. Mehrere Länder verfügen über Gesetzesbestimmungen, welche die Schaffung von Genossenschaften vereinfachen und fördern.

Aus diesen Gründen fordert die SP Orbe und Umgebung :

- Geht ein Unternehmen bankrott, soll es leichter möglich sein, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter dieses als Genossenschaft für einen symbolischen Franken übernehmen. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der betroffenen Sektoren geschehen, welche mit ihren Kompetenzen sowie ihren Wirtschaftsexpertinnen und –experten die notwendige Überlebenshilfe leisten.
- Die Schaffung von Genossenschaften durch Arbeiterinnen und Arbeiter soll erleichtert werden.
- Die öffentliche Hand (Gemeinden, Kantone und Bund) sollen für die Schaffung von Genossenschaften während zehn Jahren (oder länger) zinslose finanzielle Unterstützung gewähren.
- Die öffentliche Hand soll zusammen mit den Leiterinnen und Leitern einer Genossenschaft Fristen für die Rückzahlung der finanziellen Unterstützung festlegen. Das gute wirtschaftliche Gedeihen einer Genossenschaft darf dadurch nicht gefährdet werden.
- Die kantonalen und die Bundesgesetze sollen entsprechend angepasst werden.

Stellungnahme der GL: Annehmen.

Beschluss Parteitag:

21. Varia / Schluss

Schluss des Parteitages:
Für das Protokoll:

15.30 Uhr
xyz